

Presseinformation

Online-Behördengänge in Deutschland bisher kaum möglich

- Ämter nutzen das Internet oft nur zur Selbstdarstellung
- Kaum bundesweite Absprachen zur Digitalisierung
- Schlechte Noten von der Europäischen Kommission
- Fachmesse „Moderner Staat“ startet morgen in Berlin

Berlin, 27. November 2006

Deutschlands Ämter nutzen kaum das Internet. Während sich in vielen Ländern immer mehr Behördengänge online erledigen lassen, bleibt das in der deutschen Verwaltung die Ausnahme. Das stellte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) heute in Berlin fest. Gestützt wird die Einschätzung von einer aktuellen Studie der Europäischen Kommission zu den Internet-Diensten der öffentlichen Hand. Im Vergleich der 15 EU-Kernländer landet Deutschland dabei auf dem 13. Platz. Nur Griechenland und Luxemburg schneiden in der Studie noch schlechter ab. „Das ist ein Armutszeugnis“, sagte Jörg Menno Harms, Vizepräsident des BITKOM. „Elektronische Dienste sparen Kosten und verbessern den Service für Bürger und Unternehmen. Eine Chance, die wir auch in Deutschland nutzen müssen.“

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
+49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Stephan Kahl
Pressesprecher
Public Sector & Neue Märkte
+49. 30. 27576-119
Fax +49. 30. 27576-400
s.kahl@bitkom.org

Dr. Pablo Mentzinis
Bereichsleiter
Public Sector
+49. 30. 27576-130
Fax +49. 30. 27576-139
p.mentzinis@bitkom.org

Präsident
Willi Berchtold

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder



Online-Behördengänge in
Deutschland bisher kaum möglich
Seite 2

Keine Berührungsängste mit dem Internet haben hingegen deutsche Unternehmen. Für sie gewinnen elektronische Geschäftsprozesse weiter an Bedeutung. Das ergab die Studie „E-Business-Barometer 2006/2007“, die unter anderem im Auftrag des BITKOM entstanden ist. Drei Viertel aller Firmen begreifen demnach elektronische Prozesse als Teil des Tagesgeschäfts. Besonders im Online-Handel nimmt Deutschland eine Spitzenposition ein. 2005 wurden etwa 30 Prozent aller in Westeuropa über das Internet gehandelten Waren und Dienstleistungen hier zu Lande verkauft, der Umsatz lag bei 321 Milliarden Euro. Für das laufende Jahr erwartet der BITKOM ein Volumen von mehr als 400 Milliarden Euro in Deutschland – rund 90 Prozent davon entfallen auf Geschäfte zwischen Unternehmen.

„Weil die Nutzung des Internets zwischen Staat und Unternehmen immer weiter auseinander klafft, steht Deutschland vor einer digitalen Spaltung – einer Spaltung zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand“, warnte Harms. Er forderte: „Die Behörden müssen das Netz zur kompletten Abwicklung von Verwaltungsvorgängen nutzen. Portale zur Selbstdarstellung allein reichen nicht mehr aus.“

Probleme bereitet auch das digitale Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden. Daten, die eine Behörde beispielsweise auf Bundesebene erhebt, können nur schwer von einer Landesbehörde eingelesen und weiterverarbeitet werden. Um diese und andere Themen geht es unter anderem ab dem 28. November auf der Fachmesse „Moderner Staat“ in Berlin.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. vertritt mehr als 1.000 Unternehmen, davon 800 Direktmitglieder mit etwa 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Gerätehersteller, Anbieter von Software, IT-Services, Telekommunikationsdiensten und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.